

55. Jahreshauptversammlung der Freien Wähler

am 14. Mai 2011

Heinz Kälbler, Landesvorsitzender

Städte und Gemeinden wesentlicher Bestandteil unseres Staates

In den Städten und Gemeinden leben unsere Bürger. Die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit hängt ab von der Infrastruktur in ihrer Stadt oder Gemeinde. Öffentlicher Personennahverkehrs, ein gut ausgebautes Straßennetz, Schulen, Kindergärten, ein entsprechendes Freizeitangebot usw.. In der Regel können sie nicht beurteilen und es interessiert sie auch weniger, wer für die Finanzierung verantwortlich ist. Unzufriedenheit wirkt sich aber nicht nur in der Kommune aus, sondern auch gegen "die da oben" in der Landes- und Bundespolitik. Deshalb muss es auch gerade im eigenen Interesse unserer Landespolitiker wichtig sein, dass den Kommunen durch eine entsprechende Finanzausstattung die Finanzierung einer vernünftigen Infrastruktur möglich ist.

Wir haben vor der Landtagswahl zu 16 Punkten alle im Landtag vertretenen Parteien nach ihrer Auffassung abgefragt. Die Fragen wurden von allen Parteien ausführlich beantwortet. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Wir werden raschmöglichst nach der jetzt neugebildeten Landesregierung mit einzelnen Ministern und den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien das Gespräch suchen, um unsere Haltung zu einzelnen Sachfragen darzulegen.

Stärke der Freien Wähler

Nach dem Ergebnis der letzten Kommunalwahl haben die Freien Wähler mit Abstand die meisten Gemeinderatssitze. Sie haben um 2,5 % deutlich mehr zugelegt als jede Partei. In den Kreistagen sind sie nach der CDU zweistärkste Kraft. Sie haben um 0,6 % zugelegt während die CDU 4,1 % verloren hat.

Einbindung der Freien Wähler in landespolitische Entscheidungen wenn die Kommunen davon betroffen sind

Ich begrüße ausdrücklich den Antrag des Kreisverbandes Rhein-Neckar e.V., über den wir heute noch abstimmen werden, Vertreterinnen und Vertreter des Freien Wähler Landesverbandes künftig institutionalisiert bei kommunalpolitischen Themen einzubinden und anzuhören. Dabei geht es uns um eine konstruktive Mitarbeit.

Kein Ausschluss der Bürgermeister bei der Kreistagswahl

Die Freien Wähler sind der nachdrücklichen Auffassung, dass es keine Unvereinbarkeit des Amtes des Bürgermeisters mit dem eines Kreisrats gibt. Wir unterstützen die Begründung des Gemeindetages Baden-Württemberg, wonach die Entscheidungen des Kreistags in vielfältiger Weise den Aufgabenkreis der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie vor allem ihre finanzwirtschaftliche Situation beeinflussen. Schon aus diesem Grund ist es unverzichtbar, dass Bürgermeister dem Kreistag angehören. Fragen der Rechtsaufsichtsbehörde werden ja auch nicht vom Kreistag entschieden, sondern vom Landratsamt als staatliche Verwaltungsbehörde. Die angedachte Volkswahl des Landrats würde das letzte Argument entkräften.

Finanzausstattung der Kommunen

Der ganz zentrale Punkt ist die Finanzausstattung der Kommunen, vor allem wenn immer neue Aufgaben übertragen werden. Es geht z.B. um den Ausbau der Kleinkindbetreuung (Gesamtkosten von 1 Milliarde Euro im Jahr), um den Ausbau der Ganztageschulen, um die steigenden Soziallasten. Es geht hier um die Einhaltung des Konnexitätsprinzips, d.h., wenn den Kommunen neue Aufgaben auferlegt werden, muss das Land für den entsprechenden finanziellen Ausgleich sorgen. Ein jahrelanges Streitthema zwischen dem Land und den Kommunen. Ich darf hier die Antworten der Regierungsparteien Grüne und SPD zitieren, die sie auf unsere entsprechenden Fragen **vor** der Landtagswahl gegeben haben:

Grüne:

"Bündnis 90/Die Grünen fordern, das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich anzupassen, so dass die Kommunen für die Kindergartenförderung, für die Förderung der Kleinkindbetreuung und für die seit Einführung der Werkrealschule teurer gewordenen Schülerbeförderung einen angemessenen Kostenausgleich erhalten. Das Land muss sich stärker an der Finanzierung der Schulsozialarbeit, der zusätzlichen Stellen für Schulpsychologen und der Sprach-, Förder- sowie Ganztagsangebote beteiligen. Wir setzen uns für die verbindliche Einführung des Orientierungsplans ein und wollen den Kommunen weitere Mittel für den Ausbau der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren bereitstellen."

SPD:

"Die SPD teilt uneingeschränkt die Auffassung, dass die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren, Ganztageschulen und die Schulsozialarbeit weiter ausgebaut werden sollen und das Land sich dafür stärker als bisher engagieren muss. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Jah-

ren immer wieder entsprechende parlamentarische Initiativen und Anträge bei Haushaltsberatungen gestellt. Die bisherige finanzielle Regelung des Landes mit den Kommunen zum Ausbau der Kleinkindbetreuung reicht bei weitem nicht aus. Die Schulsozialarbeit wurde ursprünglich zu Recht vom Land angestoßen, das sich dann aber aus der Mitfinanzierung zurückgezogen hat. Betreuung an Schulen ist aber nach unserer Auffassung auch eine Aufgabe des Landes. Deshalb muss das Land wieder mitfinanzieren. Außerdem sollten die Ganztageschulen als Regelschulen im Schulgesetz verankert werden und dadurch die dort anfallenden Betreuungsaufgaben vom Land verantwortet und finanziert werden."

Nochmals: die Aussagen der jetzigen Regierungsparteien wurden uns gegenüber vor der Landtagswahl so gemacht. Diese Aussagen sind eindeutig. Wir werden die Glaubwürdigkeit an der tatsächlichen Umsetzung messen.

Ländlicher Raum

Wir begrüßen die Aussage in der Koalitionsvereinbarung, dass die Weiterentwicklung wohnortnaher Einrichtungen der Daseinsvorsorge (wie Bildung, Kinderbetreuung, medizinische und soziale Versorgung sowie Breitbandversorgung für die Regierungsparteien wichtig ist. Ohne den schnellen Zugang zum Internet, ohne Kindergärten und Schulen wären die ländlichen Räume für junge Familien unattraktiv. Das gilt vor allem auch für die wohnortnahe ärztliche Versorgung unserer dort lebenden Bevölkerung.

Verkehrsinfrastruktur

Ein zentraler Punkt in der Koalitionsvereinbarung ist die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs und der Ausbau der Schieneninfrastruktur. Ausgesprochen zurückhaltend sind die Aussagen über den Ausbau des Straßennetzes. Unser Land braucht aber auch ein leistungsfähiges Straßennetz. Dort, wo notwendig, sind auch die anstehenden Ortsumfahrungen zu realisieren. Natürlich gibt es dann Eingriffe in die Natur und Landschaft. Es geht in der Abwägung aber auch darum, die Bevölkerung von Straßenlärm und Abgasen zu entlasten. Das ist der typische Fall von Güterabwägung. Eine ideologische Haltung wurde unserer Wirtschaft und unsere Bevölkerung nicht gerecht.

Die Einführung einer Pkw-Autobahnmaut wäre zu überdenken. Da wir ein Transitland sind, zahlen diese Maut dann auch die Ausländer, die unsere Autobahnen benutzen so wie wir, wenn wir in die Schweiz oder nach Österreich fahren. Voraussetzung ist allerdings, dass die Einnahmen dann nur zweckgebunden für den Straßenausbau verwendet werden.

Bauliche Entwicklung, Wohnraumförderung

Nach der Koalitionsvereinbarung darf es neue Bebauungspläne nur bei einem stringenten und unzweifelhaften Bedarfsnachweis geben. Die Einführung von Baulückenkatastern ist vorgesehen.

Hier darf nach unserer kommunalen Erfahrung nicht dogmatisch vorgegangen werden. Natürlich ist Innenentwicklung vor Außenentwicklung richtig. Wenn aber Grundstückseigentümer ihre Grundstücke nicht zur Bebauung freigeben und dafür gibt es keine rechtliche Handhabe, dann muss eine Bebauung auf anderer Fläche möglich sein. Es führt in einem

Dorf zum Aufstand, wenn ein Kindergarten oder eine Schule geschlossen werden muss, weil keine neue Wohnungen mehr entstehen können.

Nochmals: Nach unserer Erfahrung darf nie ein an sich richtiger Grundsatz zum Dogma erhoben werden, sondern es muss im Einzelfall nach den örtlichen Gegebenheiten entschieden werden können.

Dasselbe gilt für die neu vorgesehene Wohnraumförderung. Es soll künftig ein Förderschwerpunkt im Mietwohnungsbereich im Verhältnis 4:1 zur Eigentumsförderung vorgesehen werden. Das darf aber nicht so weit gehen, dass eine junge Familie, die ein Eigenheim errichten oder eine Eigentumswohnung erwerben will bei stringenter Auslegung keine Förderung mehr erhalten kann. Ich meine dabei nicht reiche Menschen, sondern normale Bürger, die wirklich sparen müssen, wenn sie sich ein solches Eigentum schaffen.

Bürokratieabbau

Wir haben in unserem Anschreiben an die im Landtag vertretenen Parteien angeregt, auf Landesebene einen ständigen Beirat einzurichten, der mit Fachleuten aus Wirtschaft, Verbänden und Kommunen besetzt wird.

In der Koalitionsvereinbarung heißt es dazu: "Wir werden die Landesverwaltung einer umfassenden Aufgabenkritik unterziehen. Unsere vorrangigen Ziele sind dabei eine bürgernahe Verwaltung, Entbürokratisierung und Anpassungen von Standards. Vor diesen Überprüfungen und Neuregelungen erwarten wir einen weiteren namhaften Beitrag zur mittelfristigen Haushaltskonsolidierung."

Wir halten den von uns vorgeschlagenen Beirat wirklich für wichtig. Dabei muss es darauf ankommen, dass in einen solchen Beirat vor allem Praktiker und Betroffene miteinbezogen werden. Weiter geht es dann um eine rasche Umsetzung.

Schlussbemerkung:

Im Interesse unserer Städte, Gemeinden und Landkreise wollen wir uns mit unserer kommunalen Erfahrung die Arbeit der neuen Landesregierung konstruktiv begleiten.